

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 36/39
Telex: 06 88 848-48 ppbn d

Inhalt

Jan Oostergetelo MdB schlägt die Bildung eines Flüchtlingskomitees für die Bundesrepublik vor.

Seite 1-3

Liesel Hartenstein MdB spricht sich für neue Initiativen auf dem Feld der Umweltpolitik aus.

Seite 4/5

Ulrich Steger MdB vertritt die Ansicht, daß bei der Vergabe öffentlicher Mittel für Forschung und Entwicklung das Ruhrgebiet benachteiligt wird.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 24

2. Februar 1979

Für ein Flüchtlingskomitee in der Bundesrepublik

Lösung der Integrationsprobleme für Flüchtlinge erfordert eine grundsätzliche Weichenstellung

Von Jan Oostergetelo MdB
Stellvertretender Obmann im Bundestagsausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Schlagartig wurde im vergangenen Dezember das Interesse der ganzen Welt auf das Problem der vietnamesischen Flüchtlinge gelenkt. Die Bundesrepublik Deutschland mußte, wollte und will nach wie vor aus humanitären und sozialen Gründen ihren Beitrag zur Lösung dieser Probleme leisten.

Schon damals wurde allerdings als Priorität für eine umfassende und optimale Hilfe die Integration in den heimatischen Kulturbereich gefordert. Eine derartige Integration bringt aber derzeit fast unüberwindliche Schwierigkeiten mit sich. Deshalb ist die Übernahme vietnamesischer Flüchtlinge in unser Land, besonders aber die direkte humanitäre Hilfe vor Ort in den Flüchtlingslagern Süd-Ost-Asiens, derzeit die einzige und beste Hilfe, die wir bieten können. Diese Hilfe sollten wir deshalb in enger Zusammenarbeit mit dem Hohen Flüchtlingskommissar bei den Vereinten Nationen weiter bieten und eventuell ausweiten.

Die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag hatte anlässlich der Übernahme der ersten vietnamesischen Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland die Befürchtung geäußert, daß dieses Problem, wenn es nach Weihnachten erst einmal aus den Schlagzeilen der Medien verschwunden wäre, weniger ernst genommen würde. Die Entwicklung bis zum heutigen Tag hat diese Befürchtungen bereits widerlegt.

Einzelne Bürger oder Organisationen drücken immer wieder ihre Bereitschaft aus, finanziell oder ideell den vietnamesi-

schen Flüchtlingen in der Bundesrepublik zu helfen. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat beschlossen, innerhalb des Länderquotensystemes unbegrenzt nach oben vietnamesische Flüchtlinge aufzunehmen. Der Beschluß des Landes Nordrhein-Westfalen signalisiert einen ersten Schritt hin zu einer zukunftsorientierten Konzeption zur Bewältigung von Flüchtlingsproblemen. Denn wenn sich alle Länder dem Beispiel Nordrhein-Westfalens anschließen könnten, hätte die Bundesregierung und hier speziell der Bundesaußenminister, einen enormen außenpolitischen Spielraum gewonnen. Dann könnten nicht länger Kompetenz- und Zuständigkeitsfragen über die Aufnahme von Flüchtlingen in der Bundesrepublik entscheiden, sondern es würden nur noch Sachprobleme von Bedeutung sein. Eine solche Politik würde insgesamt zu einer Versachlichung des Problems beitragen und könnte sicherstellen, daß die Not und die Interessen der Flüchtlinge und die Frage nach der Art der Hilfe im Mittelpunkt aller Überlegungen stünden.

Bislang sind ca. 3.000 vietnamesische Flüchtlinge in die Bundesrepublik gebracht worden, weitere 1.000 werden mit Sicherheit kommen, und es werden wohl zukünftig noch mehr werden. Bei solchen Größenordnungen ist es geboten, sich Gedanken darüber zu machen, wie die Flüchtlinge aus Indochina in die Bundesrepublik Deutschland integriert werden können. Die heute zu verzeichnenden Probleme bei der Integration von Gastarbeitern zeigen deutlich, wie notwendig hier ein vernünftiges Konzept ist. Sicherlich lassen sich die Probleme der Integration von Gastarbeitern und der Integration von Flüchtlingen aus Indochina weder von der Quantität noch von der Qualität der Probleme her deckungsgleich behandeln. Trotzdem sollte man versuchen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und nach langwierigem Suchen gefundene Lösungsansätze übernehmen. Das publizistische Echo auf das vietnamesische Flüchtlingsproblem, das Interesse und Mitgefühl weiter Teile der Bevölkerung bieten gleichzeitig eine gute Möglichkeit, die Probleme von Flüchtlingen in der Bundesrepublik Deutschland generell anzugehen, denn wir sollten nicht vergessen, daß die Bundesrepublik Deutschland auch gegenüber Flüchtlingen aus anderen Teilen der Welt, insbesondere politischen Flüchtlingen, eine Verantwortung hat.

Um einer möglichen Ghettoisierung vorzubeugen, aber auch um die Lasten, die sich aus der Behandlung der Flüchtlingsfrage ergeben, gerecht zu verteilen, werden Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland in aller Regel nach einer bestimmten Länderquote auf die Bundesländer aufgeteilt. Die Bundesländer ihrerseits trachten danach, Flüchtlinge so gut es geht auf verschiedene Städte und Gemeinden zu verteilen. Hieraus ergibt sich eine starke räumliche Streuung bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Für die Behandlung all dieser "Fälle" sind von ihrer Aufgabenstellung her mehrere Fachbereiche zuständig, z.B. die Bereiche der Bundes- und Länder-Innenminister oder die Bereiche der Justiz, Arbeit und Sozialordnung und Jugend, Familie und Gesundheit. Zusätzlich sind nichtstaatliche Organisationen, wie Rotes Kreuz, Caritas oder Diakonisches Werk mit der Betreuung der Flüchtlinge betraut. Aus dieser räumlichen Verteilung und der Verteilung von Zuständigkeiten in Sachressorts ergibt sich die Notwendigkeit einer vernünftigen Koordination, um allen Flüchtlingen möglichst gleiche Chancen gewähren zu können. Eine solche Koordination könnte nach französischem Muster (die Franzosen sind nach den USA das Land, daß den meisten Flüchtlingen Zuflucht bietet) durch ein nationales Flüchtlingskomitee geleistet werden. Diesem Komitee sollten in

seiner Bundesorganisation Mitglieder aus verschiedenen Ministerien angehören. Seine Aufgabe sollte die Harmonisierung von Maßnahmen öffentlicher Behörden und privater Organisationen sein. Finanziert werden könnte das Komitee aus Mitteln der Innenministerien, die für Flüchtlingsfragen innerhalb der Bundesrepublik zuständig sind.

Neben der Arbeit zur Harmonisierung aller im Hinblick auf die Lösung von Flüchtlingsfragen getroffenen Maßnahmen sollte ein solches Komitee die Möglichkeit haben, der Verwaltung Vorschläge zu machen und Lösungsansätze zu bestimmten Problemen zu initiieren.

Diesem Komitee käme auch die Aufgabe zu sicherzustellen, daß die Flüchtlinge nach ihrer Ankunft bei uns schon während der Zeit, die sie in Übergangslagern verbringen, auf ihr neues Leben entsprechend vorbereitet werden. Dreimonatige intensive Sprachkurse und Sonderkurse zur Vorbereitung auf das Berufsleben und das soziale Leben müßten hier im Mittelpunkt stehen. Hier wäre aber, auch die Möglichkeit gegeben, scheinbar simple Probleme, wie z.B. die Frage der Essensgewohnheiten, für die Flüchtlinge gar nicht erst zu einem Problem werden zu lassen. Während des Aufenthaltes in den Lagern, könnte das Komitee zentral auch schon der Suche nach einem Arbeitsplatz und einer Wohnung helfen.

Die Erfahrungen aus Frankreich zeigen, daß ein Aufenthalt in den Lagern selbst unter widrigsten Umständen nicht länger als fünf bis sechs Monate dauert. Diese Zeit sollte man grundsätzlich sinnvoller nutzen. Bei einer Ausformung des Komitees zu einer Art privaten Hilfsorganisation, im unteren, regionalen Bereich, wäre gewährleistet, daß Privatleute mit ihrem Engagement, mit ihrer Hilfsbereitschaft, in die Lage versetzt werden, aktiv und effektiv an der Lösung der Flüchtlingsprobleme teilzuhaben.

Das Problem von Flüchtlingen in der Bundesrepublik, das weitesten Kreisen der Bevölkerung erst durch die vietnamesischen Flüchtlinge bewußt wurde, bedarf jetzt grundsätzlicher Weichenstellung, denn es wird von alleine nicht geringer werden, und es wird im Hinblick auf die humanitäre, soziale und politische Verantwortung, die die Bundesrepublik Deutschland bereit ist mitzutragen, immer größer werden. Allein mit den Mitteln des Wohlfahrtsstaates werden wir nicht auskommen. Versuchen wir also Ideen und Initiativen aller Betroffenen und aller, die sich betroffen fühlen, zu sammeln, einzubringen und umzusetzen in ein vernünftiges Programm.

(-/2.2.1979/ks/lo)

Es gab innerparteiliche Konflikte bis die Ostpolitik offizielle Regierungspolitik wurde. Seitdem ist sie nur in einzelnen Akzenten, nie aber in ihrer Zielrichtung in der SPD umstritten gewesen. Das gleiche gilt für die Zielsetzungen der Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik insgesamt. Bezeichnenderweise ist nach vorhergehender kontroverser Diskussion zu dem wichtigen Einzelpunkt der Neutronenwaffe der Beschluß des Hamburger Parteitages zu den Zielen von Rüstungskontrollvereinbarungen 1977 bei nur einer Gegenstimme einmütig verabschiedet worden.

Es ist deshalb einmütiges Ziel der SPD durch eine "Politik der Rüstungsbegrenzung und Rüstungsverminderung den sich selbstnährenden Rüstungswettlauf zu unterbrechen oder wenigstens zu verlangsamen". Einmütig gehen die Sozialdemokraten davon aus, daß "angesichts eines bestehenden globalen militärischen Gleichgewichts und angesichts rüstungstechnologischer Entwicklung" Verhandlungen über Rüstungssteuerung zunehmend an Bedeutung finden.

Einmütig haben die Sozialdemokraten auf ihrem Hamburger Parteitag dem Wortlaut des Antrages des Parteivorstandes zugestimmt, in dem es heißt: "Vor der Entscheidung über die Einführung qualitativer neuer Waffensysteme ist darauf zu achten, daß deren Auswirkungen Rüstungskontrollverhandlungen nicht behindern. Vielmehr müssen auch in diesem Bereich alle Anstrengungen gemacht werden, um zur Rüstungskontrollvereinbarung zu kommen." Aus diesem Zusammenhang ergeben sich sowohl Schlußfolgerungen für die Einführung der Neutronenwaffe als auch für Planungen zur Einführung neuer Mittelstreckenraketen.

Nicht Auf- oder Nachrüsten wie Helmut Kohl voreilig der Bundesregierung empfiehlt, sondern der Versuch, ein Mehr an Sicherheit, ein Mehr an Vertrauensbildung durch Rüstungskontrollvereinbarungen mit dem Ziel der Rüstungsbegrenzung und Rüstungsverminderung zu erreichen, das ist unsere Antwort auf die Entwicklung neuer Waffensysteme.

Wie dies zu erreichen ist, darüber wird man und muß man auch von Sozialdemokraten unterschiedliche Akzente in der Diskussion hören. Weil und solange diese Zielsetzung aber unumstritten ist, wird die CDU/CSU vergeblich versuchen in die Partei, in die Bundestagsfraktion und zwischen Sozialdemokraten in Regierung und Partei und Parlament einen Keil zu treiben.

Gerade auch während der kommenden Wochen bis zu den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament sollten Sozialdemokraten in den Dialog mit engagierten Christen, Gewerkschaftern, Schriftstellern, Wissenschaftlern und Jugendorganisation über ein künftiges Europa als Vaterland des Friedens eintreten. Wir sollten versuchen, bei den Bürgern in der Bundesrepublik um noch größere Unterstützung für eine Friedenspolitik zu bitten, die ein Mehr an Sicherheit bei weniger Rüstung auf dem schwierigen Wege über Rüstungskontrollen und Rüstungsbegrenzungsvereinbarungen anstrebt. (/5.2.1979/vo-hc/hgs)

Den Straßburger Beispiel folgen

Straßburger Parlamentsbeschluß der 21 für die Unverjährbarkeit von Völkermord

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Nach der Straßburger parlamentarischen Debatte am vergangenen Freitag und auf Grund der anhaltenden öffentlichen Diskussion über den Fernsehfilm Holocaust hat das Problem "Verjährung von Kriegsverbrechen" eine unerwartet breite publizistische Aufmerksamkeit erfahren: Hat Holocaust jedem Zuschauer zumindest eine Ahnung vom Ausmaß des unermesslichen Judenmords im Nazi-Deutschland vermittelt, so hat die Argumentation von Mitgliedern aller Parteien in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats durchgehend erkennen lassen, das über das Thema Verjährung heute ohne antideutsche Vorbehalte, wenngleich nicht leidenschaftslos, diskutiert werden kann. Nach langer Debatte - es sprachen 25 Redner aus allen politischen Lagern - nahm das Parlament mit großer Mehrheit die Entschließung des Stoffelen-Berichts "Verjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit" an.

Kernpunkt der Entschließung ist die erneute Aufforderung der Parlamentarier an die Regierungen der 21 Mitgliedsländer des Europarats, die "Europäische Konvention über die Unverjährbarkeit von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen" aus dem Jahre 1974 zu unterzeichnen, was bislang nur von Frankreich geschehen ist, und das Übereinkommen zu ratifizieren. Keiner hat allerdings in Straßburg überhört können, daß in Debatte und Entschließungsantrag auch das Verjährungsdatum 31. Dezember 1979 für Nazi-Verbrechen in der Bundesrepublik Deutschland eine entscheidende Rolle spielte. Aber keineswegs bezieht sich die Entschließung allein auf vergangene Nazi-Verbrechen, sondern umfaßt grundsätzlich die Unverjährbarkeit aller Völkermorde und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Von den sechs deutschen Debatten-Rednern sprachen sich die Sozialdemokraten Manfred Schulte, Hans Bardens und Olaf Schwencke eindeutig für die Aufhebung der Verjährung von Völkermord aus und stimmten für die Resolution, während die CDU-Redner sich entweder der Stimme enthielten (Reddemann) oder die Entschließung ablehnten (Schäuble); wegen seiner "noch nicht abgeschlossenen Meinungsbildung" enthielt sich der FDP-Abgeordnete Vohrer seiner Stimme.

Die Bundesregierung sollte den Europarat nicht im Unklaren über ihre Haltung zur europäischen Unverjährbarkeits-Konvention von 1974 lassen; zur Aufhebung der Verjährung von Völkermord (StGB Paragraph 220a) wird in Kürze aus der Mitte des Bundestages eine breit getragene Initiative kommen: Völkermord nicht zu sühnen, wäre nicht nur eine Beleidigung der Opfer, sondern ein Akt abgrundtiefer Menschenverachtung und würde die christlich-humanistische Tradition Europas fratzenhaft verzerren.

(-/5.2.1979/hl/hgs)

+

+

+

Wo bleibt der Umweltschutz?

Empfindliche Lücke bei den Haushaltsberatungen im Bundestag

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Über 40 Stunden lang hat der Deutsche Bundestag in 2. und 3. Lesung den Haushalt für 1979 debattiert, der erstmalig die 200-Milliarden-Grenze überschreitet. Über 40 Stunden lang wurden wichtige und weniger wichtige, grundsätzliche und periphere politische Probleme in die Debatte geworfen. Nur ein Gebiet blieb praktisch vollkommen ausgespart, so, als ob auf diesem Feld keine politische Brisanz zu finden sei: die Umweltpolitik. Und dies, obwohl kurz vorher im Ruhrgebiet erstmalig Smog-Alarm gegeben worden war. Zwischen Essen, Krefeld, Duisburg und Bottrop stieg der Schwefeldioxydgehalt der Luft über 0,8 Milligramm pro Kubikmeter an, so daß die Alarmstufe 1 ausgelöst werden mußte, und obwohl zur gleichen Zeit ein neuer Giftskandal in Hessen publik wurde, von dem der zuständige Umweltminister Willi Görlach selbst sagt: "Die Sache ist schlimm." Seit 1960 hat die Firma Merck insgesamt 82.000 Tonnen giftige Rückstände des Pflanzenschutzmittels "Lindan" an zehn verschiedenen Stellen bei Bauvorhaben in die Erde vergraben lassen; seit Frühjahr 1977 wußte sogar ein Referat des Ministeriums, daß die Trinkmilch um Gernsheim giftige Chemierückstände enthielt - doch nichts geschah. Der zuständige Minister wurde nicht einmal informiert!

Auch die angekündigten oder bereits eingebrachten Umweltgesetze: Verkehrslärmschutzgesetz, Gesetz gegen die Umweltkriminalität, Umweltchemikaliengesetz, veranlaßte keinen der Hauptredner, zu diesen Komplexen ausführlich Stellung zu beziehen. Auch nicht den Bundesinnenminister, in dessen Hand doch der Umweltschutz liegt.

Keiner wird bestreiten, daß Abrüstung, Radikalenerlaß, Bundespräsidentenwahl, Geburtenrückgang usw. bedeutsame politische Themen sind; auf der anderen Seite bleibt die Frage, ob für die weitaus größere Mehrheit unserer Bevölkerung ihre Gesundheit, ihre künftigen Lebensbedingungen, zu denen z.B. der Schutz vor uner-

träglichem Lärm und eine Nahrung ohne chemische Gifte gehören - ob nicht auch diese Fragen nach einer Antwort verlangen. Sollte die Nichtbeachtung dieser ganzen Problematik aus der gegenwärtig schier hoffnungslosen Zerstrittenheit der "Grünen" resultieren? Die Überlegung bietet sich an, zugleich aber muß daran eine Warnung geknüpft werden. Eine solche Folgerung wäre nicht nur höchst oberflächlich, sondern auch kurzsichtig und gefährlich. Denn die Schwäche der grünen Parteien ist eine Sache, die Lösung der Probleme, mit denen sie sich beschäftigen, eine andere.

Das Ausmaß des rasant ansteigenden Landschaftsverbrauchs in der Bundesrepublik - täglich werden 140 Hektar Land überbaut oder als Verkehrsflächen zubetoniert! -, die Auswirkung krebserzeugender Stoffe in der Luft und in den Nahrungsmitteln und nicht zuletzt auch der (nur scheinbare) Zielkonflikt zwischen Umweltschutz und der Erhaltung der Arbeitsplätze wäre wohl einer Stellungnahme von Seiten des Parlaments und der Regierung wert gewesen.

Hinzu kommt, daß im Jahr des Kindes die Frage nach einer kinderfreundlichen Umwelt immer dringender gestellt werden wird und daß sich vor allem die Vertreter der jungen Generation nicht mehr mit dem bloßen Hinweis auf das prozentuale Wachstum des Bruttosozialproduktes zufriedengeben. Die Politiker müssen schon sagen, wo künftig der Bewegungsraum für die Menschen sein soll, wie ein gesundes Wohnumfeld aussehen soll und in welchen Regionen die Existenzmöglichkeiten für Tiere und Pflanzen noch gesichert sind. Schon heute sind 55 Prozent der Säugetierarten, 34 Prozent der Fischarten, 67 Prozent der Kriechtierarten und 44 Prozent der Vogelarten ausgestorben bzw. ernstlich bedroht.

Daß die Grenzen des Landschaftsverbrauchs sich abzeichnen, ist eine Binsenweisheit für alle, die Augen im Kopf haben. Daß man die Augen davor nicht verschließen darf, sondern Anstrengungen machen muß, um alternative Siedlungsformen, flächensparende Verkehrsplanungen, ökologisch verträgliche Industriesiedlungen zu fördern, dazu sollten sich die Politiker mehr als bisher bekennen. Und sie sollten den Worten auch Taten folgen lassen.

(-/2.2.1979/ks/lo)

+ + +

Nur die Brosamen für's Revier

Ruhrgebiet bei der Verteilung der Forschungs-Ausgaben extrem benachteiligt

Von Dr. Ulrich Steger MdB

Stellvertretender Obmann des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie

Die Forschungs- und Technologiepolitik erscheint auch noch heute vielen Bürgern und Politikern als ein abgelegenes Seitengebiet, bestenfalls ein von einigen etwas weltfremden Experten zu beackendes Feld. Dabei betragen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) 1978 knapp 30 Milliarden DM (die Wissenschaftsausgaben insgesamt sogar über 40 Milliarden DM), über 300.000 Arbeitnehmer waren im FuE-Bereich beschäftigt - mehr als in manchem Industriezweig. Einige Großforschungseinrichtungen des Bundes haben die Größenordnung von Großbetrieben mit 3.500 Beschäftigten.

Knapp die Hälfte der FuE-Aufwendungen zahlt der Staat - mehr als 14 Milliarden DM. Für die regionale Wirtschaftsförderung, die sogenannte "Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" stehen dagegen nur rund 1,5 Milliarden DM (einschließlich Investitionszulage) jährlich zur Verfügung. So wichtig die Einbeziehung des Kern-Ruhrgebietes in die Regionalförderung (insbesondere die Investitionszulage) ist - mindestens ebenso wichtig ist die regionale Verteilung der staatlichen Ausgaben für Forschungs- und Technologiepolitik. Vor allem tragen sie gezielter und unmittelbarer zur Sicherung von Arbeitsplätzen und der Umstrukturierung und Modernisierung des Ruhrgebietes bei. Ohne die "indirekten Effekte" sichern die staatlichen FuE-Ausgaben insgesamt 250.000 Arbeitsplätze (lt. Prognos-Gutachten), unter der Beachtung der induzierten Nachfrage sind es sogar mehr als 650.000 Arbeitsplätze.

Und wie immer man es rechnet - bei der Verteilung der FuE-Mittel ist das Ruhrgebiet extrem benachteiligt. Bei der sogenannten "institutionellen Förderung" von Forschungseinrichtungen gilt dies sogar für das gesamte Land NRW - nur noch 17,5 Prozent der Ausgaben entfielen auf das bevölkerungsreichste Bundesland, das knapp 30 Prozent der Einwohner der Bundesrepublik hat. Im Ruhrgebiet gibt es weder eine Großforschungseinrichtung des Bundes noch z.B. ein größeres Max-Planck-Institut. Nach wie vor stehen die Werkbänke im Ruhrgebiet und die Schreibtische in Düsseldorf.

Noch gravierender ist die Benachteiligung bei den geförderten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, Studien und Gutachten in Höhe von ca. 8,5 Milliarden DM (Quelle: UMFT-Regionalkataloge). Hier entfielen auf das Ruhrgebiet knapp 800 Millionen DM, weniger als z.B. Firmen in Städten wie München (rund eine Milliarde DM) oder Mannheim (knapp 850 Millionen DM) erhielten. Dabei entfielen 60 Prozent der Mittel auf die Firmen mit Sitz in der Stadt Essen bzw. in der Nähe (483 Millionen DM) - vor allem Projekte im Energiebereich. Allerdings sollte man hier nicht zu lokalpolitisch denken, sondern das Ruhrgebiet insgesamt sehen: denn die Mittel, die z.B. die Ruhrgas erhält, werden u.a. für die Kohlevergasungsanlage in Dorsten ausgegeben.

Sieht man aber von den Energieprojekten ab (die ja schließlich insbesondere im Kohlenbereich von nationaler Bedeutung sind), so bleibt nicht viel übrig: Während z.B. in Hannover öffentliche Projekte mit 107 Millionen DM Bundesmitteln gefördert werden, geht die Stadt Herne völlig leer aus, die anderen Ruhrgebietsstädte liegen zwischen 80 Millionen DM (Dortmund) und 800 000 DM (Hagen), Maßnahmen der öffentlichen Hände (z.B. umweltfreundliche Müllbeseitigung) werden dabei in Dortmund mit 21 Millionen DM gefördert, Bochum erhält knapp 9,5 Millionen DM, der Kreis Recklinghausen eine Million DM. Aber Städte wie Mülheim, Gelsenkirchen oder Bottrop erhalten dafür keinen Pfennig.

Dabei gibt es im Ruhrgebiet einen enormen Bedarf im öffentlichen wie privaten Bereich. Als z.B. durch parlamentarische Initiative im letzten Jahr ein Stahlforschungsprogramm in Höhe von 200 Millionen DM auf den Weg gebracht wurde, überstiegen bald die förderungswürdigen Anträge die vorhandenen Mittel erheblich. Daher kann - vor allem auf mittlere Sicht - die Forschungs- und Technologiepolitik einen erheblichen Beitrag zur Modernisierung und Umstrukturierung des Ruhrgebietes leisten. Bei den jetzt anlaufenden Hilfen für die Montanregion muß darum neben den kurzfristigen Maßnahmen (wie z.B. den Investitionszulagen) die Forschungs- und Technologiepolitik eine entscheidende Rolle spielen.

Schwerpunkte sind dabei neben einer umweltfreundlichen und sparsamen Energieverwendung die Hebung der Leistungsfähigkeit der Stahl- und Chemieindustrie durch "intelligentere Produkte", auch neue Wege der Modernisierung der Städte, neue Verkehrssysteme und kommunale Technologien, insbesondere eine bürgerfreundliche und kostengünstigere Erstellung öffentlicher Dienstleistungen.

Wichtig ist vor allem, daß eine Erweiterung der FuT-Politik erkannt wird: im Sinne der "Modernisierung der Volkswirtschaft" ist nicht nur die Förderung der Schlüsselindustrien sondern künftig auch eine Modernisierung alter Industrieregionen Aufgabe der FuT-Politik.

(-/2.2.1979/h1/10)

+

+

+